

(19)



Europäisches Patentamt
European Patent Office
Office européen des brevets



(11)

EP 0 885 647 A2

(12)

EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

(43) Veröffentlichungstag:
23.12.1998 Patentblatt 1998/52 ✓

(51) Int Cl.⁶: B01D 53/32, F01N 3/08

(21) Anmeldenummer: 98890174.0

(22) Anmeldetag: 10.06.1998

(84) Benannte Vertragsstaaten:
AT BE CH CY DE DK ES FI FR GB GR IE IT LI LU
MC NL PT SE
Benannte Erstreckungsstaaten:
AL LT LV MK RO SI

(72) Erfinder: Fleck, Carl Maria, Prof. Dr.
2391 Kaltenleutgeben (AT)

(74) Vertreter: Kliment, Peter
Patentanwalt
Dipl.-Ing. Mag.jur. Peter Kliment
Singerstrasse 8/3/8
1010 Vienna (AT)

(30) Priorität: 17.06.1997 AT 368/97 U

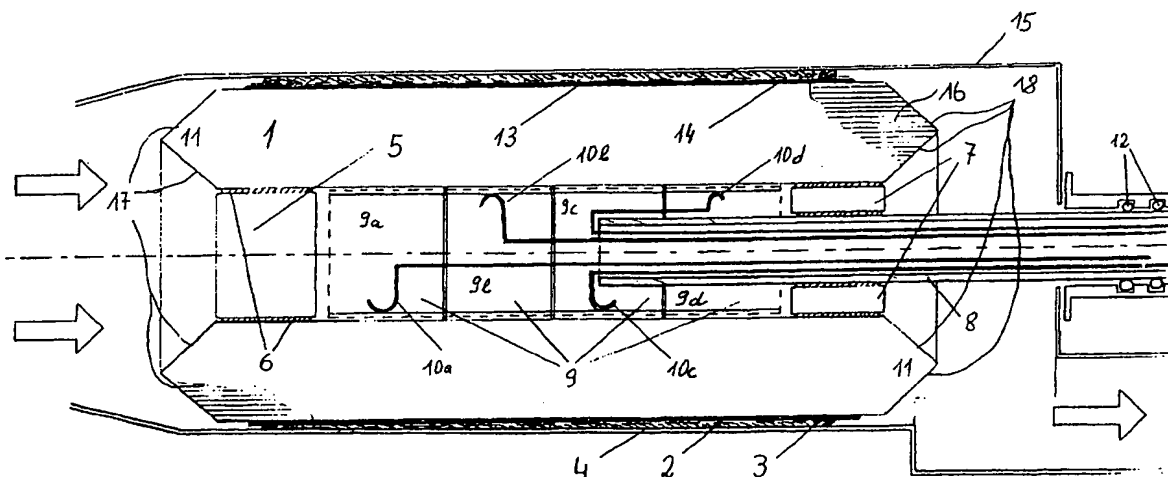
(71) Anmelder: Fleck, Carl Maria, Prof. Dr.
2391 Kaltenleutgeben (AT)

(54) Vorrichtung zur Dissoziation von im Abgas von Verbrennungskraftmaschinen enthaltenen Stickstoffoxiden

(57) Vorrichtung zur Dissoziation von im Abgas von Verbrennungskraftmaschinen enthaltenen Stickstoffoxiden, wobei das Abgas durch einen zwischen Elektroden (9, 3) befindlichen Entladungsraum geleitet wird und in diesem Entladungsraum durch Anlegen eines elektrischen Feldes Elektronen erzeugt werden. Um die Verwendung hoher Feldstärken zu ermöglichen ohne eine Ionisation oder Dissoziation von Stickstoff- oder Sauerstoffmolekülen durchzuführen oder die Bildung

von Streamern zu begünstigen, ist vorgesehen, daß der Entladungsraum einen Keramikkörper (1) umfaßt, wobei dieser Keramikkörper (1) von parallel zueinander verlaufenden Kanälen (16) durchsetzt ist, die an beiden Seiten offen und von Abgasen durchströmt sind und das elektrische Feld für den gesamten, Kanäle und Zwischenwände enthaltenden Keramikkörper dem Betrag nach zwischen 10 kV/cm und 100 kV/cm, vorzugsweise zwischen 15 kV/cm und 50 kV/cm liegt.

Fig. 2



EP 0 885 647 A2

Beschreibung

Die Erfindung betrifft eine Vorrichtung zur Dissoziation von Stickstoffoxiden gemäß Oberbegriff des Anspruchs 1.

In der EP 0332609 ist ein Dieselfilter zur "kalten Verbrennung" von Rußteilchen offenbart, der aus einem kreisringförmigen Keramikkörper besteht, dessen Innenfläche eine Hochspannungselektrode und dessen Außenfläche eine zweite Elektrode, die mit Masse verbunden ist, umfaßt. Der Keramikkörper, der einen hohen spezifischen elektrischen Widerstand aufweist, sowie von parallel zueinander verlaufenden Kanälen durchsetzt ist, die an beiden Seiten offen sind und vom Abgas durchströmt werden, wird durch Anlegen einer Spannung von bis zu 34 kV erwärmt, während sich die Rußpartikel an den Wänden der Kanäle ablagern und so verbrannt werden. Diese bekannte Anordnung ist zwar im Zusammenhang mit der Reduktion von Ruß im Abgas einer Verbrennungskraftmaschine wirksam, eignet sich jedoch nicht zur Reduktion von Stickstoffoxiden im Abgas.

In der WO 97/05369 ist eine Vorrichtung offenbart, bei der das Abgas eines Verbrennungsmotors, insbesondere eines Dieselmotors, durch einen Entladungsraum geleitet wird, wobei sich dieser zwischen zwei Elektroden befindet, die ein elektrisches Feld mit einer Feldstärke zwischen 5 kV/cm und 20 kV/cm erzeugen. Dabei werden an der Begrenzung des Entladungsraumes Elektronen aus der mit einer keramischen Ummantelung versehenen Hochspannungselektrode erzeugt, die eine gewisse kinetische Energie besitzen (abhängig von der Feldstärke) und diese über Stöße an die vorhandenen NO_x Moleküle übertragen, wodurch das Stickstoffoxid dissoziiert wird. Der Nachteil dieser Methode ist die notwendige Beschränkung der eingesetzten Feldstärke, um die Bildung von sogenannten Streamern (Vorfunkern) zu verhindern, die zu einer Ionisation und Dissoziation der Stickstoff- und Sauerstoffmoleküle führt und in weiterer Folge zur Bildung von sekundärem Stickstoffoxid. Die Elektronenproduktion wird daher nur auf den Randbereich des Entladungsraumes begrenzt. Die physikalische Erklärung dafür ist, daß eine Elektronenenergie ab 3 eV eine Dissoziation der vorhandenen Stickstoff- und Sauerstoffmoleküle bewirkt und diese sich wieder zu sekundärem Stickstoffoxid verbinden, was den Wirkungsgrad der Vorrichtung erheblich senkt. Bei einer etwaigen Ionisierung durch Streamer entstehen Elektronen mit einer Energie von mindestens 12 eV, was wiederum zur Dissoziation der vorher genannten Moleküle führt.

Die Aufgabe der vorliegenden Erfindung besteht nun in der Schaffung einer Vorrichtung, die es erlaubt, Stickstoffoxide unter Verwendung wesentlich höherer Feldstärken zu dissoziieren, ohne daß sich durch Dissoziation von Stickstoff- oder Sauerstoffmolekülen sekundäre Stickstoffoxide bilden, sowie in der wirksamen Verhinderung der Bildung von Streamern.

Diese Aufgabe wird bei einer Vorrichtung der eingangs erwähnten Art durch die kennzeichnenden Merkmale des Anspruchs 1 erreicht.

Die Verwendung eines kreisringförmigen Keramikkörpers (= Monolith) innerhalb des Entladungsraumes gemäß Anspruch 1 ermöglicht den Einsatz einer Gleichstromentladung in Form einer Barriereentladung mit einem elektrischen Feld dessen Feldstärke bis zu 100 kV/cm erreicht. Die üblicherweise auftretenden Schwierigkeiten beim Kontrollieren einer Gleichstromentladung mit hoher Feldstärke wird durch die erfindungsgemäße Vorrichtung beseitigt. Die Ausführung des kreisringförmigen Keramikkörpers gemäß Anspruch 1 bis 3 bewirkt, daß das Entladungs- und Beschleunigungsvolumen der Elektronen durch eine Vielzahl von Kanälen des Keramikkörpers wabenartig dargestellt wird. Durch die sich dabei ergebende mittlere freie Weglänge von 10^{-5} cm und der geforderten maximalen Elektronenenergie von 3 eV, vorzugsweise 1 eV können Feldstärken bis zu 100 kV/cm eingesetzt werden, ohne daß sich Streamer bilden und Stickstoff- oder Sauerstoffmoleküle dissoziiert werden. Diese Anordnung stellt durch den Keramikwiderstand eine Vielzahl in Serie geschalteter Barrieren dar, durch die kein geschlossener Streamer oder Funke durchzünden kann. Falls doch ein Funke entstehen sollte, so bleibt er auf einen Kanal beschränkt und wirkt sich somit auf den Gesamtwirkungsgrad der Anlage nicht aus.

Anspruch 4 bewirkt, daß der die Hochspannungselektrode aufnehmende, zylinderförmige Innenraum komplett isoliert und abgeschlossen ist.

Anspruch 5 verhindert ein Durchschlagen der Spannung bei hohen Feldstärken und stellt eine Elektronenquelle zur Verfügung, wobei die Elektronen aus der Keramik durch die hohen Feldstärken herausgerissen werden.

Gemäß Anspruch 6 reduziert sich die freie Weglänge der Elektronen im Feld und ermöglicht somit den Einsatz hoher Feldstärken ohne eine Elektronenenergie von 1 eV zu überschreiten.

Anspruch 7 bis 9 verhindert zusätzlich das Durchzünden eines Funkens und bewirkt eine gleichmäßige Verteilung des Stromes innerhalb des Monolithen.

Die Kombination der erfindungsgemäßen Vorrichtung mit einem vorgeschalteten Rußfilter bekannter Art gemäß Anspruch 10 und 11 ermöglicht die gleichzeitige Reinigung des Abgases von Rußteilchen und Stickstoffoxiden.

Aus demselben Grund erfolgt die Zuleitung des Stromes zu den Hochspannungselektroden gemäß Anspruch 12.

Die Elektronen zur Dissoziation der Stickstoffoxide werden in den Kanälen an der negativen Wand bei den vorhandenen hohen Feldern durch Feldemission aus der rauhen Keramikoberfläche und bei höheren Temperaturen auch durch thermisch induzierte Emissionen (Richardson-Effekt) erzeugt. Die mathematische Formulierung des Richardson-Effektes enthält im Expo-

nenten einen die Austrittsarbeit reduzierenden Feldterm, der mit wachsendem Feld den Richardson-Effekt bereits bei tieferen Temperaturen begünstigt und so die Richardson-Emission und die Feldemission ineinander überführt. Weitere Elektronenemissionen aus der Keramik können durch Quanten, die durch inelastische Stöße oder Bremsstrahlung erzeugt werden, oder durch positive Atomrümpfe, die durch das Elektronenbombardement fallweise aus der positiven Wand herausgeschlagen werden und auf die negative Wand hin beschleunigt werden, ausgelöst werden. Das Merkmal des Anspruchs 13 gewährleistet deshalb eine geringe Elektronenaustrittsarbeit der Elektronen aus der Keramik.

Auch die Erhöhung der Oberflächenrauigkeit in den Kanälen des Monolithen, bewirkt durch das hohe lokale Feld an den Spitzen (um den Faktor 2 bis 5 vergrößert) eine Verbesserung der Elektronenemission.

Im folgenden wird die Erfindung an Hand der in den Figuren 1 und 2 beschriebenen Ausführungsbeispiele näher beschrieben.

Dabei zeigen:

Fig. 1 einen Längsschnitt durch einen erfindungsgemäßen Plasmakatalysator mit kubischem Querschnitt

Fig. 2 einen Längsschnitt durch einen erfindungsgemäßen Plasmakatalysator mit zylindrischer Form in einem zylindrischen Metallgehäuse

Fig. 1 zeigt einen Längsschnitt durch einen erfindungsgemäßen Plasmakatalysator aus einem keramischen Wabenkörper 1 in kubischer Form, der auf zwei zueinander im wesentlichen parallelen Begrenzungsflächen je drei einander gegenüberliegende, im wesentlichen gleich große Elektroden 2a und 3a, 2b und 3b, 2c und 3c aufweist. Während die hochspannungsseitig liegenden Elektroden 3a bis 3c durch entsprechende Generatoren 4a bis 4c mit Hochspannung versorgt sind, wird der Strom an den an Masse liegenden Elektroden 2a bis 2c mit entsprechenden Meßgeräten 5a bis 5c elektronisch erfaßt und einem Komparator 6 zugeleitet. Dieser vergleicht die durch gleich große Bereiche des Wabenkörpers 1 fließenden Ströme miteinander und stellt fest, ob einer der Ströme vom Mittelwert nach oben abweicht. Ist dies der Fall, so wird in dem entsprechenden Generator 4 die Hochspannung sehr schnell so lange nach unten geregelt, bis der Ausreißer wieder dem Mittelwert angepaßt ist.

Die von den Generatoren 4a bis 4c erzeugten Hochspannungen sind so geregelt, daß bei steigenden Abgastemperaturen die Ströme bzw. die aus dem Bordnetz des Fahrzeugs entnommene Leistung eine vorgegebene Größe nicht übersteigt. Beträgt die Hochspannung beim Kaltstart für einen in Feldrichtung 40 mm messenden Wabenkörper etwa 100 kV bei einem Gesamtstrom von 0,5 mA, so nimmt der Strom bald nach dem Start des Motors zu, sodaß die Leistung bei einem Stromfluß von etwa 2 mA durch Abregeln der Hoch-

spannung auf etwa 80 kV begrenzt wird. Bei noch höheren Abgastemperaturen beginnt die Volumenleitung in dem keramischen Monolithen zuzunehmen und die Hochspannung muß weiter reduziert werden. Dies hat zur Folge, daß der Wirkungsgrad der Stickstoffdissoziation abnimmt. Die Temperatur des Abgases im Abgasstrang muß daher vor dem Plasmakatalysator durch Maßnahmen wie Kühlrippen an der Rohrleitung oder eine zweiflutige Ausführung niedrig gehalten werden.

Fig. 2 zeigt einen Längsschnitt durch einen erfindungsgemäßen Plasmakatalysator, der aus einem zylindrischen, keramischen Wabenkörper 1 mit kreisringförmigen Querschnitt besteht und mit entsprechenden Quellmatten 2 und netzförmigen Abschlußgitter 3 aus einem Stahlgeflecht in einem zylindrischen Metallgehäuse 15 eingebettet ist. Der zylinderförmige Innenraum des Keramikkörpers ist durch eine leitende Kontaktierung als Hochspannungselektrode ausgebildet, wogegen die äußere Zylinderfläche des Keramikkörpers durch eine ebensolche Kontaktierung, die mit dem Erdpotential verbundene Elektrode darstellt. Der stromaufwärts liegende Eingang des durch den inneren Zylindermantel gebildeten Hohlraumes ist durch einen mittels keramischen Zement 6 in diesem Hohlraum befestigten Keramikstopfen 5 verschlossen. Das stromabwärts befindliche Ende des Hohlraumes ist mit einem keramischen Stopfen 7 verschlossen, der eine Bohrung aufweist, in die ein keramisches Rohr 8 mittels keramischen Zement befestigt ist. Die Durchführung des Rohres 8 durch das Metallgehäuse 15 erfolgt durch O-Ringdichtungen 12 gasdicht. Durch dieses Rohr 8 erfolgt die Zuführung der elektrischen Spannung von außen zur Hochspannungselektrode 9, die vorzugsweise in vier voneinander elektrisch getrennte, zylinderförmige Segmente 9a, 9b, 9c und 9d geteilt ist.

Die Zuführung der elektrischen Spannung zu den vier Elektrodensegmenten 9a bis 9d erfolgt über Stahldrähte 10a bis 10d für jeden Elektroden teil einzeln, wobei die Stahl drähte durch viermal durchbrochene Keramik scheiben (in der Zeichnung nicht ersichtlich) auf Distanz gehalten werden.

Die Kontaktierung des Monolithen auf der geerdeten Seite erfolgt über einen Positiven-Temperatur-Kennlinien-Widerstand (PTK-Widerstand) 13, der nach außen mit einer Metallkontaktierung 14 versehen ist, die den Strom über die metallischen Abschlußgitter 3 an das Stahlgehäuse weiterleitet.

Durch die getrennte Zuführung der Spannungsversorgung mittels Stahl drähte 10a bis 10d zu den Hochspannungselektroden teilen 9a bis 9d lassen sich die Querströme durch den Monolithen 1 miteinander vergleichen und auf ähnliche Werte regeln. Dadurch läßt sich einerseits eine lokale Überhitzung des Monolithen 1, die durch zu kleine Gasgeschwindigkeiten des Abgases entstehen kann, verhindern und andererseits die Betriebsspannung dem bei starken Beschleunigungsvorgängen oder im Schubtrieb auftretenden axialen Temperaturgradienten im Monolithen anpassen.

Der abgeschlossene Innenraum des Monolithen 1, sowie die gasdichte Zuführung der Spannungsversorgung 10a bis 10d an die Hochspannungselektroden 9a bis 9d und die Verlängerung des Monolithen 1 mit kreisringförmigen Nasen 11 verhindert, daß die sehr hohe Betriebsspannung über die Ein- 17 und Austrittsfläche 18 des Monolithen gegen Erde schlägt.

Der PTK-Widerstand 13 auf der geerdeten Seite des Monolithen (1) trägt ebenfalls zur Gleichverteilung des durch den Monolithen fließenden Stromes bei, indem Gebiete mit erhöhtem Strom auch eine erhöhte Ohm'sche Leistung im PTK-Widerstand 13 und damit eine höhere Temperatur aufweisen, wodurch über die positive Temperaturkennlinie des PTK-Widerstandes 13 der Strom abgeregelt wird.

Patentansprüche

1. Vorrichtung zur Dissoziation von im Abgas von Verbrennungskraftmaschinen enthaltenen Stickstoffoxiden, wobei das Abgas durch einen zwischen Elektroden befindlichen Entladungsraum geleitet wird, und in diesem Entladungsraum durch Anlegen eines elektrischen Feldes Elektronen erzeugt werden, **dadurch gekennzeichnet**, daß der Entladungsraum einen vom Abgas durchströmten Keramikkörper (1) umfaßt und das elektrische Feld für den gesamten, Kanäle und Zwischenwände enthaltenden Keramikkörper dem Betrag nach zwischen 10 kV/cm und 100 kV/cm, vorzugsweise zwischen 15 kV/cm und 50 kV/cm liegt.
2. Vorrichtung nach Anspruch 1, **dadurch gekennzeichnet**, daß der Keramikkörper (1) eine kreisringförmige Gestalt hat, deren zylinderförmiger Innenraum durch eine leitende Kontaktierung als Hochspannungselektrode ausgebildet ist und die äußere Zylinderfläche des Keramikkörpers durch eine ebensolche Kontaktierung die zweite, in der Nähe des Erdpotentials befindliche Elektrode darstellt.
3. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 und 2, **dadurch gekennzeichnet**, daß der Keramikkörper (1) von parallel zueinander verlaufenden Kanälen (16) durchsetzt ist, die an beiden Seiten offen und von Abgasen durchströmt sind.
4. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 3, **dadurch gekennzeichnet**, daß der zylinderförmige Innenraum beidseitig durch in dem Keramikkörper mit vorzugsweise keramischen Zement befestigte, keramische Stopfen (6, 7) verschlossen und abgedichtet ist, wobei die Hochspannung in einem geschlossenem keramischen Rohr oder einem thermisch ähnlich stabilen Isolator zugeführt wird.
5. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 4, **da-**

durch gekennzeichnet, daß der Keramikkörper (1) aus einer dicht gebrannten Keramik, vorzugsweise aus Kordierit besteht.

- 5 6. Vorrichtung nach Anspruch 1 bis 5 **dadurch gekennzeichnet**, daß die im Querschnitt ziegelförmig angeordneten Kanäle (16) innerhalb des Keramikkörpers (1) in Feldrichtung eine gegenüber der axialen Erstreckung geringe Ausdehnung besitzen.
- 10 7. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 6, **dadurch gekennzeichnet**, daß die Differenz der Radien des Kreisringzylinders (1) 25 mm bis 60 mm, vorzugsweise 30 mm bis 50 mm beträgt, seine axiale Ausdehnung vorzugsweise 200 mm bis 300 mm mißt und am Keramikkörper (1) Spannungen zwischen 25 kV und 210 kV, vorzugsweise zwischen 45 kV und 150 kV anliegen.
- 15 8. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 7, **dadurch gekennzeichnet**, daß zwischen dem Keramikkörper (1) und der inneren und/oder äußeren Elektrodenkontaktierung ein PTK Widerstand (13) angeordnet ist, dessen auf den Quadratzentimeter Elektrodenfläche bezogener Durchgangswiderstand zwischen 10 MOhm und 1000 MOhm, vorzugsweise zwischen 30 MOhm und 300 MOhm liegt.
- 20 9. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 8, **dadurch gekennzeichnet**, daß der PTK Widerstand (13) zwischen der Hochspannungselektrode (9) und der inneren Zylinderfläche bzw. zwischen der äußeren Kontaktierung (2,3) und der äußeren Zylinderfläche des Keramikkörpers (1) seinen Durchgangswiderstand von Werten von etwa 10 bis 50 MOhm auf etwa 300 bis 1000 MOhm bezogen auf den Quadratzentimeter Elektrodenfläche erhöht, wenn seine Temperatur von 100°C auf 400°C bis 500°C steigt.
- 25 30 40 10. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 9, **dadurch gekennzeichnet**, daß dieser Vorrichtung ein Rußfilter vorgeschaltet ist.
- 45 50 55 11. Vorrichtung nach Anspruch 10, **dadurch gekennzeichnet**, daß die innere und/oder äußere Kontaktierung des Keramikkörpers (1) durch einen Metalloxid-Widerstand oder einem ähnlich temperaturfesten Widerstand durchgeführt wird, wobei die Zuleitung der elektrischen Anschlüsse (10a bis 10d) am strömungsseitig unteren Ende des Keramikkörpers (1) erfolgt und der spezifische Widerstand p der Kontaktierung geteilt durch die Dicke d der Beschichtung, p/d zwischen 0,1 MOhm und 100 MOhm, vorzugsweise zwischen 1 MOhm und 10 MOhm liegt.

12. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 11, **dadurch gekennzeichnet**, daß die innere und/oder äußere Zuleitung der elektrischen Anschlüsse (10a bis 10d) zur Kontaktierung in der axialen Mitte oder in Strömungsrichtung gesehen nach der Mitte dieser Kontaktierung des Keramikkörpers (1) erfolgt. 5
13. Vorrichtung nach einem der Ansprüche 1 bis 12, **dadurch gekennzeichnet**, daß der Keramikkörper (1) mit oder ohne haftfähigem Überzug (washcoat) 10 durch Tauchen einen Überzug enthält, der sich durch besonders hohe Elektronenemissionen, d.h. durch besonders geringe Austrittsarbeit auszeichnet. 15

20

25

30

35

40

45

50

55

5

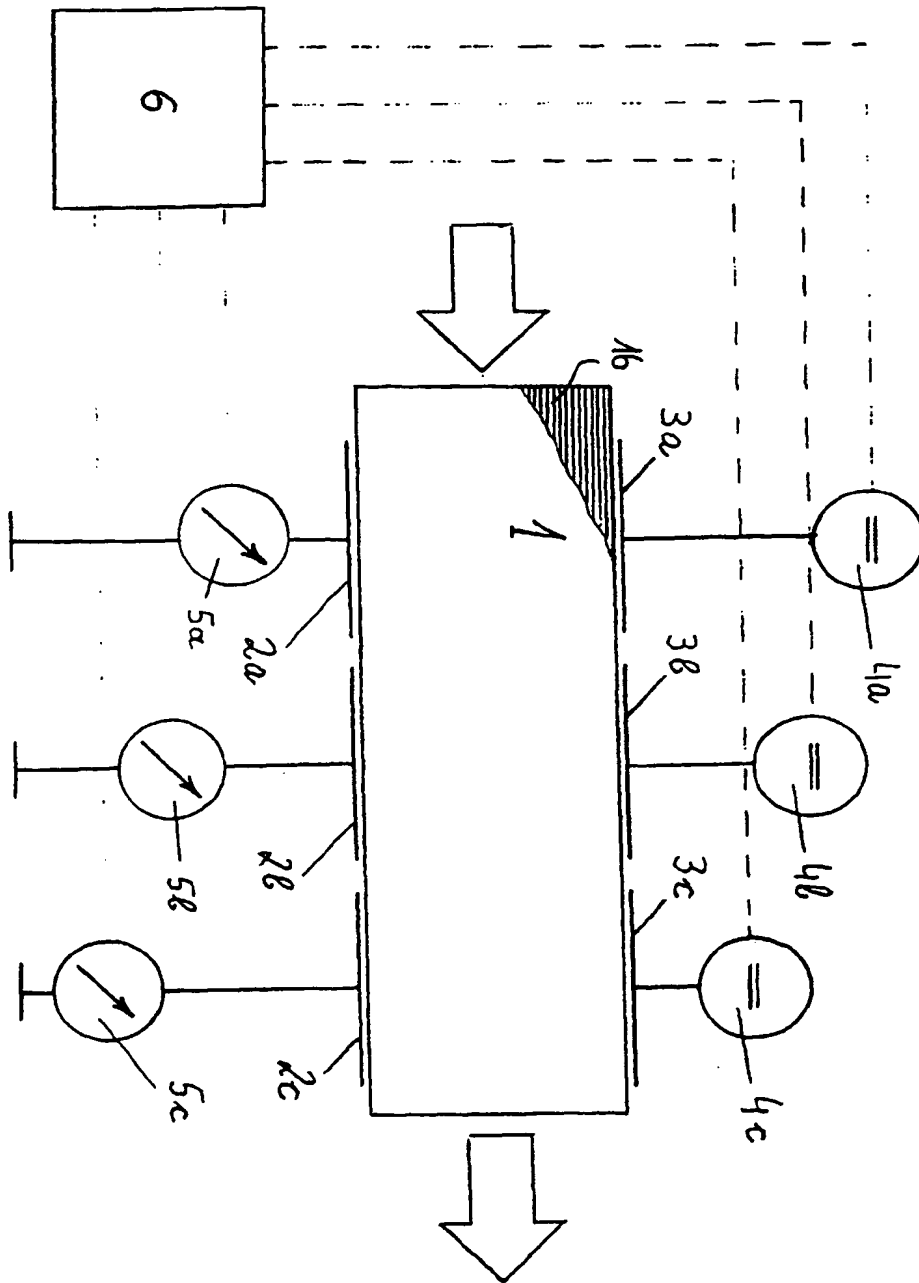
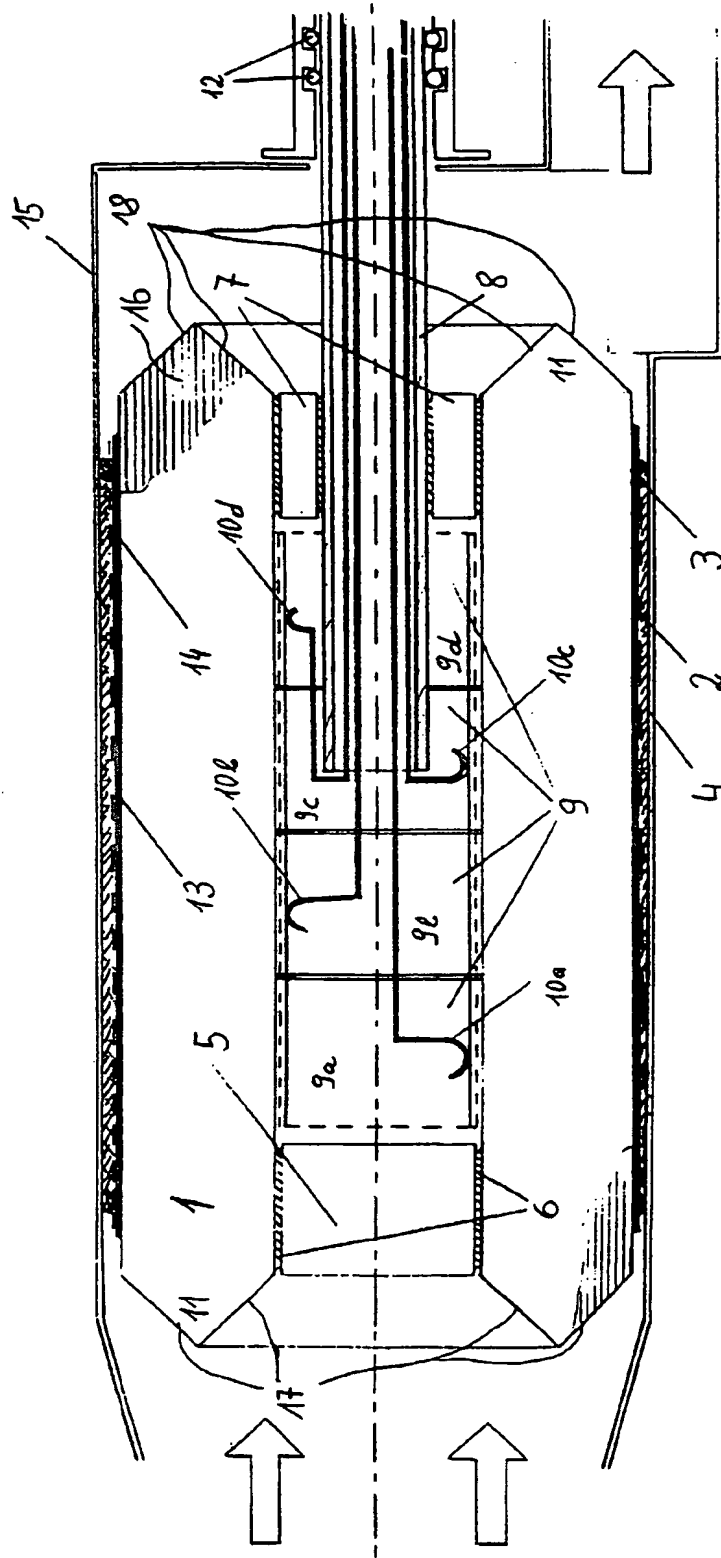


Fig. 1

Fig. 2



(19)



Europäisches Patentamt
European Patent Office
Office européen des brevets



(11)

EP 0 885 647 A3

(12)

EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

(88) Veröffentlichungstag A3:
07.04.1999 Patentblatt 1999/14

(51) Int Cl.⁶ **B01D 53/32, F01N 3/08,
B01J 19/08**

(43) Veröffentlichungstag A2:
23.12.1998 Patentblatt 1998/52

(21) Anmeldenummer: **98890174.0**

(22) Anmeldetag: **10.06.1998**

(84) Benannte Vertragsstaaten:
**AT BE CH CY DE DK ES FI FR GB GR IE IT LI LU
MC NL PT SE**
Benannte Erstreckungsstaaten:
AL LT LV MK RO SI

(72) Erfinder: **Fleck, Carl Maria, Prof. Dr.
2391 Kaltenleutgeben (AT)**

(74) Vertreter: **Kliment, Peter
Patentanwalt
Dipl.-Ing. Mag.jur. Peter Kliment
Singerstrasse 8/3/8
1010 Vienna (AT)**

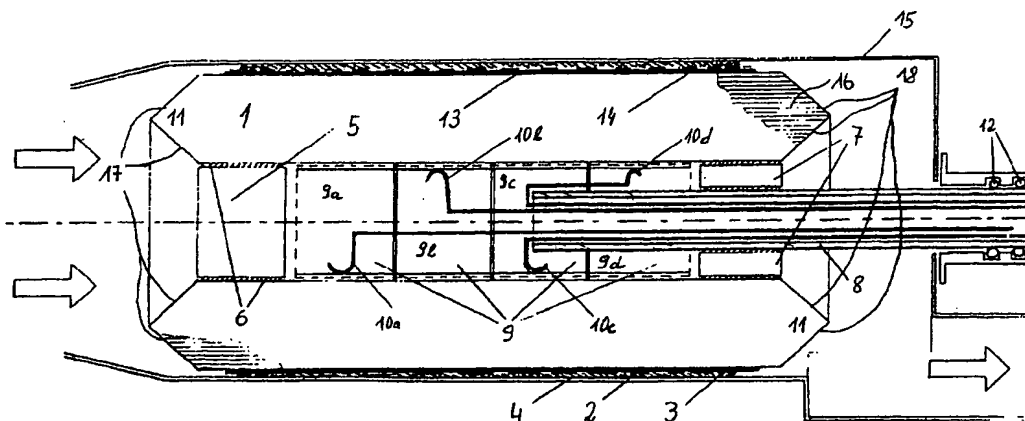
(30) Priorität: **17.06.1997 AT 368/97 U**

(71) Anmelder: **Fleck, Carl Maria, Prof. Dr.
2391 Kaltenleutgeben (AT)**

(54) **Vorrichtung zur Dissoziation von im Abgas von Verbrennungskraftmaschinen enthaltenen Stickstoffoxiden**

(57) Vorrichtung zur Dissoziation von im Abgas von Verbrennungskraftmaschinen enthaltenen Stickstoffoxiden, wobei das Abgas durch einen zwischen Elektroden (9, 3) befindlichen Entladungsraum geleitet wird und in diesem Entladungsraum durch Anlegen eines elektrischen Feldes Elektronen erzeugt werden. Um die Verwendung hoher Feldstärken zu ermöglichen ohne eine Ionisation oder Dissoziation von Stickstoff- oder Sauerstoffmolekülen durchzuführen oder die Bildung

von Streamern zu begünstigen, ist vorgesehen, daß der Entladungsraum einen Keramikkörper (1) umfaßt, wobei dieser Keramikkörper (1) von parallel zueinander verlaufenden Kanälen (16) durchsetzt ist, die an beiden Seiten offen und von Abgasen durchströmt sind und das elektrische Feld für den gesamten, Kanäle und Zwischenwände enthaltenden Keramikkörper dem Betrag nach zwischen 10 kV/cm und 100 kV/cm, vorzugsweise zwischen 15 kV/cm und 50 kV/cm liegt.

Fig. 2**EP 0 885 647 A3**



Europäisches
Patentamt

EUROPÄISCHER RECHERCHENBERICHT

Nummer der Anmeldung
EP 98 89 0174

EINSCHLÄGIGE DOKUMENTE			
Kategorie	Kennzeichnung des Dokuments mit Angabe, soweit erforderlich, der maßgeblichen Teile	Betrifft Anspruch	KLASSIFIKATION DER ANMELDUNG (Int.Cl.8)
D,X	WO 97 05369 A (C. M. FLECK) 13. Februar 1997 * das ganze Dokument *	1-3,5,10	B01D53/32 F01N3/08 B01J19/08
P,X	WO 98 00221 A (LOW EMISSIONS TECHNOLOGIES RESEARCH AND DEVELOPMENT PARTNERSHIP) 8. Januar 1998 * Seite 6, Zeile 35 - Seite 15, Zeile 8 *	1-3,5	
A	EP 0 366 876 A (MITSUBISHI JUKOGYO KABUSHIKI KAISHA) 9. Mai 1990 * Spalte 8, Zeile 40 - Spalte 19, Zeile 10 *	1-3,10,13	
A	DE 195 18 970 C (FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER ANGEWANDTEN FORSCHUNG E. V.) 21. November 1996 * Spalte 4, Zeile 35 - Spalte 8, Zeile 4 *	1	
A	US 4 945 721 A (J. H. CORNWELL ET AL) 7. August 1990 * Spalte 4, Zeile 44 - Spalte 13, Zeile 10 *	1	
P,A	WO 98 02233 A (BATTELLE MEMORIAL INSTITUTE) 22. Januar 1998 * Seite 3, Zeile 10 - Seite 10, Zeile 11 *	1	
A	WO 94 06543 A (SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT) 31. März 1994 * Seite 4, Zeile 10 - Seite 8, Zeile 25 *	1	
A	PATENT ABSTRACTS OF JAPAN vol. 018, no. 520 (C-1255), 30. September 1994 & JP 06 178914 A (MITSUBISHI HEAVY IND LTD), 28. Juni 1994 * Zusammenfassung *	1	
Der vorliegende Recherchenbericht wurde für alle Patentansprüche erstellt			
Recherchenort DEN HAAG		Abschlußdatum der Recherche 15. Februar 1999	Prüfer Doolan, G
<p>KATEGORIE DER GENANNTEN DOKUMENTE</p> <p>X : von besonderer Bedeutung allein betrachtet Y : von besonderer Bedeutung in Verbindung mit einer anderen Veröffentlichung derselben Kategorie A : technologischer Hintergrund O : nichtschriftliche Offenbarung P : Zwischenliteratur</p> <p>T : der Erfindung zugrunde liegende Theorien oder Grundsätze E : älteres Patentdokument, das jedoch erst am oder nach dem Anmeldedatum veröffentlicht worden ist D : in der Anmeldung angeführtes Dokument L : aus anderen Gründen angeführtes Dokument & : Mitglied der gleichen Patentfamilie, übereinstimmendes Dokument</p>			

EPO FORM 1503 03 82 (P4/C03)



Europäisches
Patentamt

EUROPÄISCHER RECHERCHENBERICHT

Nummer der Anmeldung
EP 98 89 0174

EINSCHLÄGIGE DOKUMENTE			
Kategorie	Kennzeichnung des Dokuments mit Angabe, soweit erforderlich, der maßgeblichen Teile	Betrifft Anspruch	KLASSIFIKATION DER ANMELDUNG (Int.Cl.6)
A	DINELLI G ET AL: "INDUSTRIAL EXPERIMENTS ON PULSE CORONA SIMULTANEOUS REMOVAL OF NOX AND SO2 FROM FLUE GAS" IEEE TRANSACTIONS ON INDUSTRY APPLICATIONS, Bd. 26, Nr. 3, 1. Mai 1990, Seiten 535-541, XP000148210 -----	1	
			RECHERCHIERTE SACHGEBIETE (Int.Cl.6)
Der vorliegende Recherchenbericht wurde für alle Patentansprüche erstellt			
Recherchenort DEN HAAG		Abschlußdatum der Recherche 15. Februar 1999	
		Prüfer Doolan, G	
<p>KATEGORIE DER GENANNTEN DOKUMENTE</p> <p>X : von besonderer Bedeutung allein betrachtet Y : von besonderer Bedeutung in Verbindung mit einer anderen Veröffentlichung derselben Kategorie A : technologischer Hintergrund O : mündliche Offenbarung P : Zwischenliteratur</p> <p>T : der Erfindung zugrunde liegende Theorien oder Grundsätze E : älteres Patentedokument, das jedoch erst am oder nach dem Anmeldedatum veröffentlicht worden ist D : in der Anmeldung angeführtes Dokument L : aus anderen Gründen angeführtes Dokument & : Mitglied der gleichen Patentfamilie, übereinstimmendes Dokument</p>			

EPO FORM 1503 03/82 (P4/C03)

**ANHANG ZUM EUROPÄISCHEN RECHERCHENBERICHT
ÜBER DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG NR.**

EP 98 89 0174

In diesem Anhang sind die Mitglieder der Patentfamilien der im obengenannten europäischen Recherchenbericht angeführten Patentedokumente angegeben.

Die Angaben über die Familienmitglieder entsprechen dem Stand der Datei des Europäischen Patentamts am
Diese Angaben dienen nur zur Unterrichtung und erfolgen ohne Gewähr.

15-02-1999

Im Recherchenbericht angeführtes Patentedokument	Datum der Veröffentlichung	Mitglied(er) der Patentfamilie	Datum der Veröffentlichung
WO 9705369 A	13-02-1997	AT 1918 U AU 6347696 A EP 0840838 A	26-01-1998 26-02-1997 13-05-1998
WO 9800221 A	08-01-1998	US 5746984 A AU 3403397 A	05-05-1998 21-01-1998
EP 366876 A	09-05-1990	JP 2115024 A JP 2131123 A	27-04-1990 18-05-1990
DE 19518970 C	21-11-1996	WO 9637690 A	28-11-1996
US 4945721 A	07-08-1990	KEINE	
WO 9802233 A	22-01-1998	KEINE	
WO 9406543 A	31-03-1994	DE 4231581 A	24-03-1994

EPO FORM P441

Für nähere Einzelheiten zu diesem Anhang : siehe Amtsblatt des Europäischen Patentamts, Nr.12/82